

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Berlag Selver, Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Achen, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 33

Düsseldorf, den 18. August 1928

Versandort Krefeld

Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft

Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Fahrenbrach auf dem Frankfurter Betriebsräte-Kongress

Obgleich die Aufgaben des Betriebsrats fast ausschließlich im Betriebe liegen, darf das Blickfeld nicht abgegrenzt sein durch die Betriebsmauern. Die Gestaltung der sozialen Verhältnisse wie Löhne, Arbeitszeiten, Urlaub, Gesundheitschutz, Arbeitsvermittlung usw. erfolgt nicht gesondert für jeden einzelnen Betrieb, regelt sich vielmehr weitgehend durch Gesetzesvorschriften und Tarifverträge für die Arbeitnehmerschaft einer mehr oder minder großen Anzahl von Betrieben. Fast jedes Textilunternehmen ist durch Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten wie durch Absatz der Erzeugnisse mit der Volkswirtschaft verbunden. Absatz und Produktionsmöglichkeiten beeinflussen den Beschäftigungsgrad und damit wiederum

das Lohnniveau der Arbeiterschaft.

Deshalb sind die Arbeiter stärkstens interessiert an der Gestaltung der Zölle, der Handelsverträge, an Steuer- und Verkehrs politik, an der Politik der Kartelle, mithin an der Gestaltung aller die Produktion und den Markt beeinflussenden Verhältnisse. Der Betriebsrat kann die ihm gestellten Aufgaben nur lösen als tüchtiger Gewerkschaftler, und wenn die Gewerkschaft einen entscheidenden Einfluß auf alle den Arbeitnehmerschaft beeinflussenden Verhältnisse erlangt. Die Aufgaben der Gewerkschaft sind weit umfassender und vielfältiger als die des Betriebsrats. Mit den Aufgaben der Gewerkschaft muß sich der Betriebsrat eingehend beschäftigen. Nur in vertrauensvollem und zielstrebigem

Zusammenarbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaftsleitung läßt sich der notwendige Einfluß der Arbeitnehmer auf die Gestaltung der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse erringen.

Für die christlichen Gewerkschaftler ist die Arbeiterfrage weit mehr als eine Marktfrage. Es gilt der Arbeit den Charakter einer auf dem Arbeitsmarkt gehandelter Ware zu nehmen. Die Arbeit soll als hohe sittliche Pflicht und als Leistung im Dienste des Gesamtwohls aufgefaßt und gewertet werden. Solange es nicht gelingt, der Arbeit eine entsprechende soziale Stellung zu verschaffen, bleibt der Arbeiter Objekt der Wirtschaft und Lohnkostenfaktor in der Betriebskalkulation, wird als solcher geringer gewertet und geachtet und schlechter behandelt als Material und Maschine.

Es ist ein unmöglicher Gegensatz, dem Arbeiter das freieste passive und aktive Wahlrecht in Reich, Ländern und Kommunen zu geben, ihn dadurch im Staatsleben mitbestimmen zu lassen, denselben Arbeiter jedoch im Betrieb nur als Untertan des Betriebsleiters oder des Unternehmers zu behandeln und von der Mitwirkung der Wirtschaft auszuschließen zu wollen. Dieser Gegensatz ruft Spannungen hervor, die rechtzeitig durch

eine gesunde Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse

zu lösen sind. Der Arbeitnehmerschaft muß ein ihren Leistungen für das Gemeinwohl entsprechendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden, sonst führen die Spannungen zu gewalttätigen Umwälzungen. Die Fragen eines gesunden Wirtschaftsaufbaues, der gleichberechtigten Eingliederung der Arbeiter in ein wirklich gut geordnetes Wirtschafts-, Staats-, Gesellschafts- und Kulturleben haben die christlichen Gewerkschaften und hat insbesondere auch unser Verband in der Nachkriegszeit auf allen größeren Tagungen eingehend behandelt. Seit dem Verbandstage im Jahre 1919 haben wir auf jeder Verbandsgeneralversammlung unsere Forderungen auf weitgehendste Demokratisierung der Wirtschaft erhoben.

Wir wissen, daß die Wirtschaft nichts unabänderlich Feststehendes ist, sie war und bleibt der Entwicklung und dem fortgesetzten Wandel unterworfen. Es wäre deshalb falsch, ein theoretisch ausgeklügeltes, für alle Zeiten passendes Wirtschaftsprogramm aufzustellen, der Arbeiterschaft ein goldenes Zeitalter, einen Zukunftsstaat ausmalen zu wollen.

Wir sehen Wirtschaftssysteme, Wirtschaftsformen und Wirtschaftsstufen aufkommen und verschwinden. Auch die privatkapitalistische Wirtschaft hat starke Wandlungen erfahren. Die Zeiten der Herrschaft einer rein liberalen Wirtschaftsauffassung, des ungehemmten Laufens und Gehenlassens, des freien Spiels der Kräfte sind längst vorbei. Gesetzgebung und Organisationen greifen immer stärker regelnd und organisierend ein. Die Maschine verdrängt den Arbeiter nur vorübergehend, sie verdrängt jedoch immer stärker den selbständigen industriellen Einzelunternehmer. Die Gesellschaftsunternehmungen fangen die Einzelunternehmer auf.

Kartelle, Syndikate und Trusts

lassen in den verschiedensten Industriezweigen die Produktions- und Absatzstätten zusammen. An Stelle des Einzelunternehmers, der als Eigentümer gleichzeitig das Unternehmen leitet, tritt die Gesellschaft, der Aufsichtsrat, der Vorstand, der Gehalt bezahlende Direktor. Die Gesellschaftsunternehmungen wie auch Kartelle, Syndikate und Trusts sind im Zeitalter unserer hochkapitalistischen Entwicklung notwendig, um den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Es gilt diese Entwicklungstendenzen klar zu sehen. Der selbständige unabhängige Unternehmer strebt, schafft, sorgt und opfert ganz anders für sein Werk als der bezahlte Direktor. In der Aktiengesellschaft und in den Kartellen herrscht und diktiert der Nur-Kapitalist. Er sieht meist nur Produktionsmenge, Machtstreben und Gewinn. Er ist herabgesetzt von großen Zahlen. Deshalb sucht er

immer mehr Einzelunternehmungen in seinen Machtbereich zu bekommen, sucht Produktion und Absatz, insbesondere aber den Gewinn auf das höchstmögliche Maß zu steigern.

Darauf ist die organisierte Produktions-, Preis- und Absatzpolitik fast aller Kartelle, Trusts, Syndikate und Konzerne eingestellt. Der Nur-Kapitalist sieht im Arbeiter meist nur noch den Produktions- und Lohnkostenfaktor und nicht mehr den Menschen mit seinen sozialen Leistungen, seinen hohen Werten und kulturellen Bedürfnissen. Diese Einstellung äußert sich im Betriebe durch Kommandoton, durch den Versuch, die Betriebsräte auszuschalten, durch rücksichtslose Entlassung älterer Arbeiter, durch Betriebsstillegungen und Massenentlassungen, durch Bekämpfung jeder Sozialreform. Nur Geld und Macht werden gewertet, nicht mehr Geist, Sitte und Recht, nicht mehr Leistung und Würde des Menschen.

Je größer die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger wird, je weiter die Schulung und Bildung der Massen fortschreitet, umso mehr fühlen diese den ungerechten Druck, die Nichtachtung der Arbeit und der Arbeiterpersönlichkeit, in gleichem Maße wächst das Streben der Arbeiterschaft, im Wirtschafts- wie im Gesellschaftsleben mitbestimmend, mitwirkend aber auch mitverantwortlich tätig zu sein.

Das Bestreben der christlich organisierten Arbeiterschaft richtet sich deshalb seit langem darauf, die

Mitbestimmungsrecht der Kapitalisten in der Wirtschaft

fortschreitend zurückzudrängen. Unumschränkte Herrscher sind sie schon längst nicht mehr. Der gesetzliche Arbeiterschutz brachte die Begrenzung der Arbeitszeit, den besonderen Schutz für Jugendliche und Frauen, sowie auch den Arbeiterschutz in gesundheitsgefährlichen Berufen und Betrieben. Die Sozialversicherung sorgt für alte, invalide, kranke und arbeitslose Arbeiter. Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung, das Tarifvertragsrecht, die mit besonderen Machtbefugnissen ausgestatteten staatlichen Schlichtungseinrichtungen beeinflussen den Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen. So ist das freie Verfügungsrecht des Arbeitgebers bereits erheblich eingeschränkt. Selbst unorganisierte Arbeitgeber sind durch die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen gezwungen, ihren Arbeitern tarifvertragliche Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuräumen. So sehen wir eine starke Einschränkung der Machtbefugnisse des Arbeitgebers. In all diesen Einrichtungen haben die Arbeitnehmer ein mehr oder minder großes Mitbestimmungsrecht erlangt.

Einen großen Einfluß auf unser Wirtschaftsleben haben Reichsbank, Reichseisenbahn, Reichswasserstraßen, Reichspost, die staatlichen und kommunalen Verkehrseinrichtungen sowie die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke. In den leitenden Stellen dieser Einrichtungen sitzen fast überall Vertreter der Arbeitnehmer, um mitzuberaten und mitzubeschließen. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, im Reichskohlenrat und Reichskalibrat haben die Vertreter der Arbeitnehmer gleichfalls Einfluß. In den Parlamenten beeinflussen sie die Zoll- und Handelsvertrags- sowie die Steuerpolitik. Wenn der erlangte Einfluß auch bei weitem nicht unseren Forderungen genügt, so ist doch ein erfreulicher Fortschritt und sind beachtenswerte

Erfolge unserer gewerkschaftlichen und politischen Bemühungen

festzustellen. Die Beeinflussung der Wirtschaft durch Parlamente, Regierungen und Verwaltungsstellen zeigt, wie notwendig es ist, daß sich die Gewerkschaften mit politischen Fragen befassen und politischen Einfluß zu erlangen suchen.

Wichtig und bedeutungsvoll erscheint mir, daß immer mehr anerkannte Wirtschaftler, Wissenschaftler und Politiker Verständnis für Auffassungen und Bestrebungen zeigen, wie wir sie vertreten. Beachtlich waren die Verhandlungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius mit den Gewerkschaftsvertretern gelegentlich der Bildung einer Regierungskoalition im Januar 1927. Der Reichswirtschaftsminister hat in seinen Etatsreden vom 19. 3. 28 wie vom 14. 3. 27 die sachliche und erprobte Arbeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrats lobend erwähnt und besonders die wertvolle Hilfe bei der Steuer- und Zollgesetzgebung hervorgehoben. Er führte aus, daß die im Reichswirtschaftsrat vereinigten Wirtschaftskreise sich genötigt sehen, ihre Privatinteressen mit der Richtung auf

das Wohl der Allgemeinheit

zu begründen und dann von selbst allmählich dazu gelangen, sie in den Rahmen der Volkswirtschaft einzuspannen. Unseres Erachtens ist es jedoch nicht von entscheidender Bedeutung, ob die Privatinteressen die angegebene Begründung finden, es kommt vielmehr darauf an, die Leitung der Gesamtwirtschaft auf das Allgemeinwohl zu richten und nicht vorwiegend auf das privatwirtschaftliche Interesse der Kapitalisten. Dieser Gedanke muß in immer weitere Kreise hineingetragen werden, um durch organisierte Selbsthilfe und staatliche Maßnahmen den notwendigen Einfluß der Arbeitnehmer wie des Staates auf die Wirtschaftsführung zu erreichen. Die Großunternehmungen wie auch die

Kartelle, Trusts und Syndikate

dürfen nicht private Einrichtungen unter der unkontrollierten Führung weniger Interessenten sein. Von der Produktions-, Preis- und Lohnpolitik solcher Unternehmungen ist das Wohl der Volkswirtschaft abhängig. Deshalb hat das ganze Volk ein

Recht darauf, daß die von den Leitungen dieser Unternehmungen betriebene Politik durchsichtig und auf das Wohl der Allgemeinheit gerichtet ist. Gelegentliche Stichproben eines Enqueteausschusses gewähren keinen genügend tiefen Einblick. Es ist eine stete Kontrolle sowie die dauernde Mitwirkung durch geeignete Organe notwendig, in denen insbesondere die beteiligten Unternehmer, Arbeitnehmer und Abnehmer vertreten sind. Die Unternehmer haben zu beweisen, warum sie Löhne angeblich nicht erhöhen können, Betriebe stilllegen und Arbeiter entlassen müssen, warum Preiserhöhungen notwendig oder Preisenkungen nicht möglich sind.

Längst schon hätten weitsehende Unternehmerführer in Verbindung mit den Gewerkschaftsführern Einrichtungen schaffen müssen, die geeignet sind, alle positiv gerichteten Kräfte der Arbeiterschaft zur Förderung der Einzelbetriebe wie der Gesamtwirtschaft nutzbar zu machen.

Freiwillig geschaffene Selbstverwaltungskörper

werden ohne Zweifel von den Beteiligten weit höher gewertet und eine freudigere Hingabe an die gemeinsame Sache wecken als Zwangsorganisationen. Ansätze für solche Selbstverwaltungskörper waren in den Arbeitsgemeinschaften vorhanden, die nach den Satzungen nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Fragen zu behandeln hatten. Die extreme Einstellung der Unternehmer auf der einen und der Sozialisten auf der anderen Seite hat zur Zerschlagung der Arbeitsgemeinschaften geführt. Falsch war es auch, die Reichswirtschaftsstellen und Außenhandelsstellen aufzulösen. Sie mußten ausgebildet werden unter zweckentsprechender Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Industriezweige.

Um der Arbeiterschaft ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft zu erringen, sind wir deshalb genötigt, die Forderung nach einer geordneten Vertretung in den öffentlich-rechtlichen Berufskammern

erneut zu erheben. Die erstrebte gleichberechtigte Eingliederung der Arbeitnehmer in diese Berufskammern kann man nicht dauernd versagen. Bereits im Dezember 1922 hat der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die paritätische Zusammensetzung und Umgestaltung der Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern gefordert. Diese Forderung hat bisher keine Regierung erfüllt, mochte es sich um eine von den bürgerlichen Parteien oder um eine von der Sozialdemokratie geführte handeln. Es wird deshalb eines unausgesprochenen verstärkten Druckes der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter bedürfen, um die praktische Durchführung der geforderten Gleichberechtigung zu erzwingen. Besonders für unsere Textilindustrie mit ihrer starken Beteiligung am Außenhandel und an der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Bekleidung ist die

Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Wirtschaftskammern

dringend geboten. Die Textilarbeiter sind am Blühen und Gedeihen der deutschen Textilwirtschaft stärkstens interessiert. Unser Verband war deshalb stets bereit, alle Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Unserm Verbande ist es zu danken, wenn die Uberschüsse der Außenhandelsstellen im Interesse der Förderung der deutschen Textilwirtschaft Verwendung finden. Wir sind stets eingetreten für vermehrte Gewinnung textiler Rohstoffe im eigenen Lande und für eine genügende Berücksichtigung der Lebensinteressen der einzelnen Textilzweige beim Abschluß von Handelsverträgen. Reichs- und Länderregierungen sowie die Interessentengruppen der Unternehmer handeln sehr kurzfristig, wenn sie die Arbeitnehmer von der Mitwirkung an der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ausschalten.

Wir erheben ferner erneut unsere Forderung entsprechend dem Artikel 165 der Reichsverfassung auf

Errichtung des verfassungsgemäßen Reichswirtschaftsrats, von Branchenräten und Bezirkswirtschaftsräten.

Die Betriebsräte allein genügen nicht zur Verwirklichung einer gesunden Wirtschaftsdemokratie. Die Vertretung der Arbeitnehmer in den öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern, in Bezirkswirtschaftsräten und Reichswirtschaftsrat muß hinzukommen. Solange die Unternehmer die Wirtschaftsführung für sich allein beanspruchen und einen dichten Schleier über die Einzelunternehmungen wie über die Wirtschaftspolitik der Kartelle zu breiten suchen, wird die Arbeiterschaft und werden mit ihr weite Volkskreise mißtrauisch und argwöhnisch bleiben. Allen Kreisen sollte daran gelegen sein, die Arbeiterschaft stark zu interessieren an der Steigerung der Produktion und des Produktionsertrages. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Regelung wirtschaftspolitischer Fragen zusammenwirken, wird den gefaßten Beschlüssen unbedingt eine erhöhte Bedeutung zuteil und wächst auch das gegenseitige Vertrauen.

Für das deutsche Arbeitervolk, das in jahrzehntelangem Ringen die politische Gleichberechtigung erkämpft hat, ist der wirtschaftliche Absolutismus unerträglich. Wer den Weg zu einer vernunftgemäßen Umgestaltung der Wirtschaft versperrt und die Arbeiter daran hindert, durch verantwortungsbewußte Mitbestimmung ihr Schicksal stärker selbst zu gestalten, fördert die Bestrebungen kommunistischer Kreise auf gewalttätigen Umsturz. (Fortsetzung folgt.)

5 Jahre öffentliche Berufsberatung

Table with columns for years (1922/23 to 1926/27) and rows for 'Ratsuchende beider öffentl. Berufsberatungsstellen' and 'Offene Lehr- u. Anlernstellen'. Includes sub-rows for male and female counts.

Fünf Jahre öffentliche Berufsberatung. Aus den kürzlich veröffentlichten Tätigkeitsberichten der öffentlichen Berufsberatungsstellen...

Durchsichtigmachung der Betriebe und der Wirtschaft

(Anszug aus dem Vortrag des Verbandssekretärs, Landtagsabgeordneter Kollegen Letterhaus, auf dem ersten internationalen Arbeiterkongress zu Köln im Juli 1928.)

Voraussetzung für die Arbeiterschaft, um überhaupt in der Wirtschaft und im Betriebe mitgestalten zu können, ist, daß sie die Zusammenhänge durchschauen kann. Heute kennen sie nur ihren Arbeitsplatz, ihre Maschine, ihre Dienstverrichtung...

Die Durchsichtigmachung der Betriebe und der Wirtschaft ist nicht nur eine Voraussetzung für ein formales Mitbestimmungsrecht, sondern auch hier liegt wiederum ein tiefes seelisches Problem vor...

Den Lohnarbeiter charakterisiert nicht nur die Trennung von den Produktionsmitteln, nicht nur seine Abhängigkeit, nicht nur, daß er unter dem Befehl eines anderen steht...

hülligen Gesellschaft. Alle Rückschlüsse, alle falschen Spekulationen, alle Mißgriffe, an denen er völlig unschuldig ist — er tat seine Pflicht, und vielleicht mehr als das —, treffen ihn trotzdem in erster Linie, ohne daß er daran etwas ändern kann.

Hat die Arbeiterschaft Ausschluß über geplante Maßnahmen, weiß sie oder wissen doch wenigstens ihre Vertrauensleute, warum dieser oder jener Schritt geschehen muß, kennen sie die Schwierigkeiten des Betriebes...

Wieviel Mißtrauen, wieviel — ja wieviel Haß — ließe sich abbauen, wenn die Schleier gelüftet würden, die heute noch über Wirtschaft und Betrieb lagern. Eine ganz ins Einzelne gehende Aufdeckung der Preise, Gewinne, Gehälter, Lohnanteile und Emissionsgewinne wird nicht nur zu einer besseren Angleichung der Produktion konkurrierender Gruppen...

Es ist ein verdächtiges Zeichen, daß sich die Unternehmer fast in allen Ländern, vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, gegen die Durchforschung sträuben. Wenn es so schlecht um sie stünde, läge doch nichts näher, als die eigenen Arbeiter zu Wundesgenossen zu gewinnen...

Weil sich die Unternehmer gegen die Durchsichtigmachung sträuben, bleibt das große Mißtrauen gegen alle Unternehmerbehauptungen.

Daß wir nichts Unmögliches verlangen, daß wir nicht fordern, jedem Arbeiter die Bücher und Kalkulationen aufzudecken, daß wir nicht daran denken, tatsächliche Betriebsgeheimnisse preiszugeben, braucht wohl kaum näher erläutert zu werden.

Möglichkeiten zur Durchsichtigmachung der Betriebe sind:

1. Einblicknahme für die Betriebsvertreter. Sie sollen mit für die höchste wirtschaftliche Produktivität des Betriebes sorgen. Sie müssen also wissen, was ist. Die Vertrauensleute der Arbeitnehmer können dann im Rahmen des Möglichen für Aufklärung unter der Belegschaft sorgen...

2. Die Schlichtungsinstanzen für Lohnstreitigkeiten kennen heute die wirtschaftlichen Tatbestände nicht oder nicht genügend, über die sie in ihrem Schiedsspruch entscheiden sollen. Erforderlich ist, daß vor den Schlichtungsausschüssen Behauptungen, so wie es vor Gerichten selbstverständlich ist, durch Vorlage von Büchern, Kalkulationen usw. bewiesen werden...

3. Die heute noch einseitig zusammengesetzten öffentlichen Vertretungen der Arbeitgeber — in Deutschland sind das Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern — sind paritätisch auszugestalten.

Es ist tief bedauerlich und zeigt ganz deutlich die Unterbewertung der Lohnarbeiterschaft, daß ihr, der größten und wirtschaftlich bedeutendsten Schicht, heute noch die Mitwirkung in diesen Angelegenheiten verweigert wird.

4. Besondere Untersuchungsausschüsse in gesetzlich Befugnissen können, um Sonderfragen eines Betriebes oder gemeinsame Fragen der ganzen Wirtschaft zu klären, durch Enqueten bei Mitarbeit aller Beteiligten und mit Hinzuziehung von Wissenschaftlern, Sachverständigen usw. Beweiskraft für die Durchsichtigmachung tun.

5. Sind besonders in dieser Zeit der nationalen und internationalen Konzernierung und Vertrustung Kartelle und Trusts zu fordern, welche die Aufgabe haben, aufzuklären, welche Zusammenschlüsse bestehen, welche Macht sie ausüben und insbesondere welche Vereinbarungen, vor allem auch bei Preisfestsetzungen, bestehen. Daß die sogenannte freie Wirtschaft längst überwunden ist, und zwar überwunden ist unter Ausschaltung des Staates und der Arbeitnehmer, und daß durch Bindungen an allen Gebieten der Produktion und des Handels wir in eine ganz neue Wirtschaftsperiode getreten sind, ist bekannt. Die Freiheit der Wirtschaft wird nur bei der Gestaltung der nationalökonomischen Ordnung gefordert, um damit Freiheit für die Entwicklung der Wirtschaft zu behalten.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten in der Textilindustrie

Scharfmacher bei der Arbeit in der M.-Gladbacher und Rheydter Textilindustrie.

Die Anweisung auf Abbau der Akkordlöhne. Nichtbefolgung wird bestraft.

Eine ungünstige Beschäftigungslage war dem sozialen Fortschritt feindlich. In Krisenzeiten klagen die Arbeiter über die soziale Belastung der Wirtschaft häufiger und dringender. Scharfmacher treten auf den Plan. Arbeitgeberverbände beweisen dann ihre Unentbehrlichkeit. Vorsichtige von Arbeitgeberverbänden bringen zu solchen Zeiten gerne den Beweis ihrer Führerfähigkeit. Da bleibt es nicht bei Worten, Taten folgen.

In der Textilindustrie von M.-Glabbad und Rheydt ist zur Zeit eine wenig günstige Konjunktur. Die Tuchfabriken arbeiten fast ausnahmslos mit verkürzter Arbeitszeit. Ebenfalls Kammern und Streichgarnspinnereien, sowie die Textilveredelung und Ausrüstung. Etwa 30 Betriebe mit einer Arbeiterzahl von rund 2000 erhalten Kurzarbeiterunterstützung. Hinzu kommen eine erhebliche Zahl der Betriebe mit einer Kurzarbeit von 1-2 Tagen. Die rückläufige Bewegung des Beschäftigungsgrades begann bereits Anfang dieses Jahres. Das führte zu zahlreichen Arbeiterentlassungen. Im Augenblick sind rund 1700 Arbeitslose länger als 13 Wochen unterstellt worden. Diese ungünstige Arbeitsmarktlage wird von der Arbeitgeberseite ausgenutzt, um die Verdienstmöglichkeit der Arbeiterschaft zu beschränken. Seit einiger Zeit mehren sich die Fälle, wo die Arbeitgeber versuchen, die Akkordlöhne abzubauen. In einigen Betrieben ist der Versuch geglückt. Nunmehr scheint man zum Generalangriff überzugehen zu wollen. Ein Rundschreiben des Vereins der Textilindustriellen von M.-Glabbad und Rheydt hat den Weg zu uns gefunden. Hier der Wortlaut:

Verein der Textilindustriellen von M.-Glabbad, Rheydt.

Gesch.-Nr. 478/28.

Einschreiben. M.-Glabbad, den 17. Juli 1928.

Betr. Tarifeinhaltung.

Ueber die Gründe für unbedingte Tarifeinhaltung bedarf es keiner Aufklärung mehr. Nachdem trotz der allgemeinen Erkenntnis von dieser Notwendigkeit dennoch aus den verschiedensten Gründen in einer noch viel zu großen Anzahl von Betrieben Tarifsüberschreitungen bestehen, wird hiermit sämtliche Mitgliedsfirmen des Vereins der Textilindustriellen in der Führung mehrfacher Beschlüsse von Mitgliederversammlungen...

Sonnenstrahl, Sonnenstrahl!

Sonnenstrahl, Sonnenstrahl, Willst mich wohl necken? Hüpfst überm Gartenzaun, Lustig lüts anzujauchern. Sinter die Hecken.

Aber ich sang dich doch, Wart nur ein Weilchen! Sonnenstrahl, laßer Nicht, Meinst du, ich sah dich nicht. Sinter den Weilchen?

Sin übern Gartenzaun Ich erst gesehen, Fang ich dich früher ein, Bring dich dem Schwesterlein, Dem in der Wiegen.

Johanna Weiskirch.

Eine Wanderfahrt in die Sächsische Schweiz

Wiederum zog Frühling und Sommer in das Land, überall im Garten und auf Wiesen sprießt und blüht es, und fröhliche Wanderlieder drängen sich uns auf die Lippen. Und es wird mehr denn je der Wunsch in uns lebendig, hinauszuziehen durch Feld und Wald, um in der schönen Gottesnatur sich neue Kraft und Stärkung zu holen für die Aufgaben des Alltags. Sicher werden schon viele unserer jungen Freunde den gesundheitlichen und bildenden Wert einer gemeinsamen Wanderfahrt erfahren haben.

Ueber unsere schöne Ferienwanderfahrt im Vorjahr durch unsere engere Heimat will ich im Nachfolgenden in Kürze berichten. Wir hatten uns eine dreitägige Wanderfahrt vorgenommen und folgenden Wanderplan aufgestellt: Erster Tag Besuch der Jahreschau Deutsche Arbeit, die Ausstellung „Das Papier“ in Dresden. Am zweiten und dritten Tage Fortsetzung unserer Wanderfahrt in die „Sächsische Schweiz“. Unsere Fahrt begann Sonnabend, den 30. Juli. Schon bei anbrechendem Morgen versammelten wir uns am Bahnhof Leutersdorf. Das Dampftrug uns im schnellen Lauf unserem ersten Ziele Dresden entgegen. Mit fröhlichem Sang vergingen schnell die Stunden der Bahnfahrt. Hier in Dresden angekommen, suchten wir zuerst unser Quartier auf, ein Sopht Johann Georgen-Allee, und fanden hier freundliche Aufnahme. Nachdem wir uns durch einen kleinen Imbiß gestärkt hatten, machten wir uns wieder marschbereit, um noch im Laufe des Vormittags ein gut Stück der Ausstellung...

zu gehen. Hier in den Ausstellungshallen konnten wir die Herstellung des Papiers vom Rohstoff bis zum fertigen Papier praktisch sehen. Wieder in anderen Hallen waren Zweige der verarbeitenden Industrie untergebracht. Wir sahen hier Maschinen jeder bei ihrer Arbeit und konnten die Herstellung von Zeitungen und kleineren Brochüren beobachten. In wieder anderen Abteilungen sahen wir Buchbinder. Kartonnagenarbeiter an ihrer Arbeit, weiter konnten wir auch die maschinelle Verpackung von Zigaretten sehen, aber besonders interessant war es für viele, einmal eine Maschine zur Herstellung von Zigaretten im Betrieb zu sehen. Als Höchstleistung dieser Maschine war die Zahl 260 000 Stück pro Stunde angegeben. Diese Ausstellung hat uns viel Wissenswertes geboten, und wir werden voraussichtlich auch in diesem Jahre die Jahreschau wiederum besuchen.

Nachmittags machten wir einen Ausflug in den Zoo. Abends saßen wir noch einige Stunden beisammen und berieten u. a. über unser Programm für den kommenden Tag. Schon in der Frühe des Sonntags setzten wir unsere Wanderfahrt fort. Nach einer etwa zweistündigen Dampferfahrt kamen wir nach Pillnitz. Hier besuchten wir die ehemalige königliche Sommerresidenz Schloß Pillnitz a. d. Elbe. Im Schloß befinden sich viele kostbare Gemälde sowie verschiedene vollständige Zimmereinrichtungen, u. a. das Arbeitszimmer von August dem Starken und das Sterbezimmer von König Albert. Ein wundervoller Park umgibt das Schloß, als besondere Sehenswürdigkeit finden wir hier eine tausendjährige Camelle.

Nachdem wir ein schlichtes Mittagmahl eingenommen, standen uns noch an die zwei Stunden Zeit zur Verfügung, bis der nächste Dampfer uns unserem heutigen Ziele „Königstein“ entgegenbringen sollte. Es war ein heißer Tag, und es wurde lebhaft der Wunsch geäußert, sich in der Elbe etwas zu erfrischen. Da ein Flußbad wegen der damit verbundenen Gefahr nicht in Frage kam, begnügte sich unsere junge Schar mit einem Fußbad. Das Herumtoben am leichten Ufer machte viel Spaß, und besonders wenn ein vorüberfahrender Dampfer seine Wellen an die Ufer warf. Gar schnell ging die Zeit vorüber bis zur Weiterfahrt mit dem Dampfer „Königstein“. Da es uns auf dem Schiffe so heiß wurde, zogen wir es vor, unter Deck zu gehen. Hier wurde manch Karikatur geschrieben an die lieben Angehörigen daheim. Auch gab es immer etwas zu sehen durch die kleinen Schiffsfenster, bietet doch die „Sächsische Schweiz“ mit ihren Sandsteinfelsen recht interessante Gruppen. Auf der Weiterfahrt konnten wir auch deutlich die Schären wahrnehmen, welche die letzte Umwetterkatastrophe im Mühlstädt angeordnet hatte.

Jetzt ist der Königstein in Sicht! Mächtig ragt die alte Feste empor, und die Elbe umschließt sie in einem Halbkreis wie mit einem süßernen Bande. Und als in Königstein die Landungsbrücke überlegt ist, verlassen wir fröhlich unser freundliches Schiff. Fürs Schreiten wir aus, wollen wir doch noch vor...

Sonnenuntergang dem Königstein einen Besuch abtaten. Zum Aufstieg wählen wir den kürzeren, wenn auch etwas beschwerlicheren Weg. Und nach einem nunteren, etwa halbstündigen Aufstieg hatten wir das Festungstor erreicht. Hier finden wir noch gute Erinnerungsgedächtnisse ehemaliger Befestigungskunst. Noch besonders erwähnenswert ist ein Brunnen auf dem Königstein, und erst in ungefähr 100 Meter Tiefe fand man die Quelle. Bei einem Rundgang um die Festungsmauer genossen wir eine herrliche Fernsicht. Langsam ging dieser schöne Sommerabend zu Ende, fröhlichen Herzens ging es wieder talwärts nach der Jugendherberge in Königstein, um uns hier die wohlverdiente Ruhe zu gönnen. Stand doch für den morgigen letzten Wandertag noch ein gut Stück Weges auf dem Wanderplan, und so hieß es sich einrichten, wenn wir nicht ein Stück unseres Zieles preisgeben wollten. Eines aber will ich noch berichten von der Jugendherberge in Königstein; sie ist zwar nicht allzu groß, aber freundlich eingerichtet, und besonders unsere liebe Herbergsmutter, Frau Streidt, verstand es, durch ihr mütterliches Wesen unsere Herzen rasch zu gewinnen. Dafür haben wir ihr auch beim Abschied ein Sprüchlein in unserer Oberlausitzer Mundart ins Herbergsbuch geschrieben. Nachfolgend will ich es anführen:

Sechs Madel und sechs Huben Aus Oberlausitzer Stuben, Die hottachs!) ernstlich viergenumm'n, Amol a de Sächsische Schweiz zu kumm'n, Oll'n gefiehs do wunderchiene, Befundersch?) uff'n Kienchiene. A durr Jugendherberge würdmer herzlich usgenumm'n, Und zur Herbergsmutter durr Fro Streidt Wammer?) wieder amol kumm'n!

Es war wiederum ein schöner Morgen, und Frau Sonne sprach uns einen warmen Wandertag. Und mit herzlichem Dankesworten nahmen wir von unserer freundlichen Wirtin Abschied. Der Dampfer brachte uns in kurzer Zeit nach Schrammstange. Mit frohem Wanderfang begannen wir jetzt unsere Fußtour durch das Schrammstangegebiet. Das Schrammstangegebiet ist eines der schönsten Teile der Sächsischen Schweiz, aber sehr beschwerlich und nicht ganz ohne Gefahr für den Wanderer.

Nach anstrengendem Marsche in heißem Sonnenlichte, durch zerklüftete Felsmassen erreichten wir ein besonders schönes Steingebilde; mächtig emporstrebende Felsen umgaben uns. Der Volksmund bezeichnet diesen Platz als den „Großen Dom“. Hier hielten wir eine kleine Rast, eine Kollegin entdeckte in einer Felspalte eine Wasserquelle, welche uns endlich die lang...

1) Satten sich's. 2) Besonders auf den. 3) D werden wir.

und Vorstandssitzungen sowie in Durchführung der Verbands- saktionen zur ausdrücklichen Pflicht gemacht:

1. Bei Ausrechnung der mit Samstag, den 21. ds. Mts., ab- schließenden Löhnung wird festgestellt, um wieviel Prozent der an 60. Prozentstelle stehende Arbeiter jeder tariflichen Akkord- arbeitergruppe über den tariflichen Akkordstundenlohn im Durch- schnitt der letzten vier Wochen vom 25. 6. bis 21. 7. 1928 liegt.

2. Ist das tatsächliche Verdienst des Stichtarbeiters der Gruppe höher als 25 Prozent über Akkordstundenlohn, d. h. höher als die Akkordspanne des Tarifs, so muß innerhalb der nächsten zwei Wochen, d. h. in der Zeit vom 23. 7. bis 4. 8. 1928 eine Neufestsetzung der Akkordgrundlöhne je k. m. 1000 Schuß und dergl. mit Ziffer 7 des Manteltarifs in der Weise erfolgen, daß der Stichtarbeiter mit seinem tatsächlichen Ver- dienst auf tarifliche Endspanne gebracht wird.

3. Nach Ziffer 8 des Manteltarifs ist über die Neufestsetzung der Akkordgrundlöhne mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zu verhandeln.

Gelingt eine Verständigung nicht, gilt die Anordnung des Arbeitgebers. Die Betriebsvertretung hat das Recht der An- fechtung der Entscheidung des Arbeitgebers bei dem Fachsich- tungsausschuß unzulänglichst nach Ziffer 18 des Manteltarifs.

4. Die in der Zeit vom 23. 7. bis 4. 8. 1928 neu zu berech- nenden Akkordgrundlöhne sind mit dem 6. 8. 1928 einzuführen. Die Bekanntgabe hat möglichst spätestens 24 Stunden vor Be- endigung der Arbeitszeit in der Woche vom 30. 7. bis 4. 8. 1928 zu erfolgen.

5. Zum 25. 8. 1928 ist dem Verband zu melden, welche tat- sächlichen Verdienste von den Stichtarbeitern der einzelnen Grup- pen in den Wochen vom 6. 8. bis 18. 8. 1928 verdient worden sind. Fragebogen gehen nach zu.

6. Nichtbefolgung der Auflagen zu 1-5 wird gemäß § 6 der Satzung bestraft.

Der Vorsitzende: gez. Louis Herren.

Der Geschäftsführer: gez. Hugo Arh.

Für die Anweisung auf Abbau der Akkordlöhne ist das schon hitingende Wort „Tarifeinhaltung“ gewählt worden. Der Uneingeweihte wird deshalb kein Unheil dahinter wittern. Eine ganz andere Beurteilung erfährt aber das Arbeitgebertvorgehen bei dem Hinweis, daß der Arbeitgeberverband sich am 27. 10. 1927 verpflichtet hat, die Akkord-Grundlöhne wie folgt zu er- höhen:

bei 10 - 25%	über Akkordstundenlohn	10%
26%	"	12%
27%	"	14%
28%	"	16%
29%	"	18%
30 - 60%	"	5%

Laut Anweisung sollen alle Akkordgrundlöhne reduziert werden, die Verdienste ergeben um mehr als 25 Prozent über dem Akkordstundenlohn.

Damit würde nicht nur die vorhin genannte Löhner- erhöhung vom Oktober 1927, sondern ein erheb- licher Teil der Löhnerhöhungen der letzten Jahre von Arbeitgeberseite wieder einkassiert.

Die Anordnung auf Abbau der Akkordgrundlöhne ist somit für die Arbeiterschaft von außerordentlich großer Bedeutung. Die Führer der Textilindustriellen von M.-Glabbach und Rheydt haben wieder einmal ihr „soziales Herz“ der Arbeiterschaft ge- zeigt. Gegen die Maßnahmen der Arbeitgeber kann die Arbeit- erschaft sich nur wirksam wehren, wenn sie die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation eifrig betreibt. Das müßte doch bald jedem Arbeiter einleuchten.

Betriebsstilllegungen als Reinigungskrisen.

Zu den traurigsten Begleiterscheinungen des Arbeiterdaseins gehört der Unsicherheitsfaktor. Am stärksten wirkt er sich aus in Zeiten schlechten Geschäftsganges. Auch wir in der schlesischen Textilindustrie haben z. Zt. eine schwere Krise. Allenfalls Stilllegungsanzeigen bei der Regierung. In den darauf folgen- den Verhandlungen immer das gleichförmige Bild. Keine Abzah- lungsmöglichkeit, volle Läger, Unrentabilität des Unternehmens, not-

wendige Entlassung einer Anzahl Arbeitskräfte. Die bestehende Stilllegungsverordnung aus dem Jahre 1923 bietet den Gewerk- schäften keine wesentlichen Handhaben zur Vermeidung unbilliger Schäden. Selbst die Regierung kann nur den Antrag auf Ab- hürzung der Sperrfrist genehmigen oder ablehnen. Mit Er- bitterung aber muß es die auf solche Weise benachteiligten Ar- beiter erfüllen, wenn die als notwendig geforderte Stilllegung sich schließlich nur als „Reinigungsakrie“ entpuppt. Dafür einige Beispiele:

In einer Firma sollen 85 Leute zur Entlassung kommen. Die Angelegenheit wird perfekt. Da läßt man zwischendurch ver- nehmen, daß die betreffenden Stühle eben stehen müssen, weil Umbauten vorgenommen werden sollen, neue Maschinen an Stelle der alten kommen, kurz, Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Dazu sind die Arbeiter im Wege. Des weiteren bemüht man die Stilllegung (an einer Reihe von Fällen nachweisbar), um überalterte Arbeitskräfte zu entfernen. Für sie ist dann eben kein Platz mehr.

Ein anderer Fall. Eine Firma läßt ihren Betrieb ganz still- legen. Die gesamte Belegschaft muß stempeln gehen. Sie geht auch. Und was geschieht hinter den Betriebsmauern? Sämtliche verfügbaren Meister und Aufseher werden an die Webstühle ge- stellt, müssen Weberarbeit leisten. Das geht die ganze Zeit hin- durch. Leider schiebt ein Abjakt des hier geltenden Angestellten- tarifvertrages eine derartige Dienstleistung vor. Wir sehen darin ein Verhalten der Firma, das nicht mit dem Wesen der Be- triebsstilllegung vereinbar ist. In einer später folgenden Ver- handlung seitens der Gewerkschaften ob dieses Verhaltens zur Rede gestellt, erklärte der technische Leiter des Unternehmens auf die Frage, ob man nicht an Stelle der Meister die gleiche Anzahl Weber beschäftigen konnte: „Ja, diese Möglichkeit be- stand!“ Kommentar überflüssig!

Sie ist eine Revision der Stilllegungsverordnung des Jahres 1923 dringend am Platze. Darin müssen größere Freiheiten für Behörden und Gewerkschaften geschaffen werden. Regierung und Parlament mögen sich in der nächsten Zeit einmal mit dieser Frage beschäftigen.

Noch sind Treu und Glauben bei weiten Kreisen der Ar- beitererschaft kein leerer Wahn.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung kritisiert den Reichsarbeitsminister.

Im Ausschuß des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist am 3. August auf Antrag der Arbeitnehmer und mit den Stimmen der Ver- treter der öffentlichen Körperschaften — gegen die Stimmen der Arbeitgeber — eine Entscheidung angenommen wor- den, in der es u. a. heißt:

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die schlechte Lage des Arbeitsmarktes eine ausgedehnte Anwendung der Krisenfür- sorge notwendig macht. Als eine geeignete Grundlage für diese Ausdehnung sieht er die Beschlüsse an, die der Reichstag vor seinem Auseinandergehen zur Krisenfürsorge gefaßt hat. Der Ausschuß stellt aber mit Befremden fest, daß die ihm vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Entwürfe den Beschlüssen des Reichstages nicht ent- sprechen. Der Kreis der durch den Reichsarbeitsminister in die Krisenfürsorge einbezogenen Berufsgruppen ist gegenüber dem Wortlaut des Reichstagsbeschlusses außerordentlich verengt worden. Der Ausschuß fordert, daß hier der Wortlaut des Reichstagsbeschlusses wieder hergestellt wird. Des weiteren erwartet der Ausschuß vom Reichsarbeitsminister, daß er von seiner dem Reichstag gegenüber erklärten Bereitschaft, An- trägen auf weitere Einbeziehung neuer Berufsgruppen alsbald stattzugeben, soweit die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert, und bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufsgruppen auszudehnen, Ge- brauch machen wird. Ferner stellt der Ausschuß fest, daß die nun- mehr den Präsidenten der Landesarbeitsämter erteilten Er- mäßigungen für Notstandsgebiete teilweise hinter dem zurück bleiben, was bereits in dem bisher geltenden Erlaß vorgesehen war. Der Ausschuß hält eine solche Beschränkung für ungerechtfertigt. Fast ganz unberücksichtigt geblieben sind die Reichstags- beschlüsse in Bezug auf die Unterstützungsdauer in der Krisen- fürsorge. Die Forderung des Reichstages, die Dauer allgemein von 26 Wochen auf 33 Wochen zu verlängern, ist zu verwick- lichen.

Man sieht, auch ein sozialistischer Reichsarbeitsminister kann nicht alles. Schöne Versprechungen sind zwar leicht und gern gemacht — nur ist ihre Erfüllung nicht immer so einfach, wie es zunächst erscheint. Die Sozialdemokratie wird das noch des öfteren erfahren müssen.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Lancashire-Baumwollindustrie

Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der Ramsay Spinnerei Hollinwood sind beigelegt worden. Dadurch ist die Aussperzung von rund einer halben Million Arbeitern, die seitens der Arbeitgeber im Bezirk Manchester für den 1. August angedroht war, vermieden worden.

Die Baumwolldepression in Lancashire, besonders in der amerikanischen Abteilung, läßt die englischen Baumwollspinner seit Monaten darüber beraten, welcher Weg zur Sanierung der Lancashire-Spinnereibetriebe der geeignetste und zweck- mäßigste sei. Wie weit sich die Lage in der englischen Baum- wollindustrie bereits zuspitzt hat, geht aus einem Bericht der Cotton Yarn Association in den letzten Wochen hervor. Danach soll die Produktion den niedrigsten Stand erreicht haben, der im Laufe von zwölf Monaten zu verzeichnen war. Die Produktion selbst wird unter den Kostpreisen ab- gefaßt. Der Vorsitzende der Handelskammer Manchester, Thomp- son, äußerte sich in einer Ansprache bei der Halbjahresitzung der Kammer, daß die Ausfuhr der englischen Baumwollindu- strie gegenüber der Vorkriegszeit von 7 Milliarden Yards auf 4 Millionen Yards gefallen ist. Er hob hervor, daß, um wieder den alten Stand zu erreichen, wesentliche Verbesse- rungen in der Organisation geschaffen werden müssen. Auch zur Frage der Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft machte er Bemerkungen, die wenig erfreulich für diese klangen. Die Arbeiter, so meinte er, müßten zur Verbesserung der Arbeitsmethoden und zur Verbilligung der Produktion beitragen, auch wenn sie dadurch weniger verdienen würden, aber sich dadurch eine bessere Zukunft schaffen könnten.

Zwei Mittel schienen nun den Spinnereibesitzern notwendig und geeignet, eine Sanierung herbeizuführen.

Der Depression in der amerikanischen Abteilung sollte einmal durch die Einführung von Kurzarbeit begegnet werden und zwar in der Weise, daß die Arbeitszeit um die Hälfte gekürzt, die 48-stündige Arbeitswoche also in eine 24-stün- dige umgewandelt werden sollte. Die Cotton Yarn Association, deren Präsident der bekannte Baumwollindustrielle J. E. Tatter- fall ist, hat in einem Rundschreiben ihre Mitglieder auf- gefordert, der Einführung der Kurzarbeit in der amerikanischen Abteilung zuzustimmen. Bei der Abstimmung über die Einfüh- rung der Kurzarbeit muß nämlich nach einer Bedingung der Federation of Master Cotton Spinners (Vereinigung der Baum- wollspinner) eine Majorität von 85 Prozent erreicht werden. Der Rundbrief der Yarn Association legte den Direktoren nahe, ihren Einfluß in dieser Hinsicht auch bei den Direktoren der nichtangeschlossenen Fabriken geltend zu machen. Wesentlich ist die Begründung für die Zustimmung zur Kurzarbeit. In ihr wird gesagt, daß die Verkaufspreise für die Garne so niedrig (unter dem Produktionspreis) ständen, wie er festgesetzt wer- den könnte, wenn die Fabriken mit 10, 50 oder 100 Prozent Kurzarbeit beschäftigt würden, d. h. bei Einführung einer Kurzar- beit von 50 Prozent würde trotzdem kein Verlust heraus kommen, vielmehr ein Gewinn dadurch, daß nur die Hälfte der Löhne zu zahlen ist. Der Rundbrief betont, daß nur Kurzarbeit die einzige Möglichkeit ist, um aus der Misere heraus- zukommen und auch nur dann, wenn sie mit gegenseitiger Kooperation verbunden ist. Wenn nun alle Vermutungen dahin gingen, daß die Majorität erreicht werden würde, so sahen diese Optimisten sich durch das Ergebnis der Abstimmung getäuscht. Die Abstimmung ergab nämlich nur 79,48 Proz. für, 12,26 Proz. gegen die Kurzarbeit bei 8,2 Prozent Stimmhaltung. Damit ist dieser Weg, der von maßgebenden Kreisen propagiert und für dringend notwendig gehalten wurde, gescheitert. Immerhin ist das Ergebnis der Abstimmung beachtlich und läßt Schlüsse auf die Stimmung der Baumwollindustriellen in Lancashire zu, die keineswegs sich rosigem Hoffnungen für die Zukunft hinzu- geben geneigt sind.

Eine andere Möglichkeit sieht Herr Tatterfall in der Kon- zentration der Baumwollbetriebe.

In einer großen Versammlung am 27. März in Manchester sollte ein Zusammenschluß der amerikanischen Abteilung der Lancashire Baumwollindustrie erstrebt werden, der auch vom Handelsminister und von den Banken begrüßt wird. Die ver- sammelten Vertreter, die eine Spindelzahl von zusammen 21 Millionen repräsentierten, kamen jedoch lediglich dahin überein, daß sich mindestens zwei Millionen Spindeln an dem Zu- sammenschluß beteiligen müßten. Beachtlich ist, wie hoch man die Ersparnisse durch eine solche Kartellbildung bemitt, die durch eine Zusammenfassung von mindestens zwanzig Spinnereien er- reicht werden könnten. Die Produktionskosten durch Ein- und Verkäufe einschließlich Ersparnisse an Gehältern können um zweieinhalb Millionen Mark gesenkt werden. Die Gesamtspen- disse für die zwanzig Fabriken an Zinszahlungen für die Spin- deln durch die Kapitalveränderungen sollen 6800 000 M. be- tragen. Die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent würde dagegen nur den Betrag von 2 600 000 M. erreichen, so daß noch ein Gewinnüberschuß von 4 200 000 M. verbleibt. Die englischen Baumwollindustriellen schelm diesem Zusammenschlußgedanken nicht unsympathisch gegenüberzustehen, denn über hundert Spinnereien mit zusammen sechs Millionen Spindeln wollen sich unter die Führung Tatterfalls begeben. Diese riesige Kombination unter dem Namen „The Lancashire Textile Cooperation“ soll die größte dieser Art in der Welt sein und hat zum Ziele, die Rentabilität in der amerikanischen Ab- teilung der Baumwollspinnerei zu heben. Das Kartell will fer- ner Baumwolle, die noch auf Feldern steht, aufkaufen, die Ent- körnung in den Pflanzungen selbst vornehmen und eine direkte Verschiffung nach Lancashire durchzuführen. Die Artikel sollen standardisiert und durch Massenfabrikation verbilligt, der Zwischhandel durch eine möglichst direkte Verbindung vom Pro- duzenten zum Konsumenten ausgeschaltet werden.

Weg mit den Revolutionsministerien!

In Bayern wurde vor wenigen Tagen das Soziale Mini- sterium aufgehoben. Es geschah das, obwohl die Arbeiterabgeord- neten und die gesamte Arbeiterbewegung dagegen Protest er- hoben hat. Die Arbeiterschaft hat darauf hingewiesen, daß die erste Staatsnotwendigkeit in einer Zeit, die wie die unsrige mit so großer Not und mit gewaltigen sozialen Spannungen erfüllt ist, die Sozialpolitik sorgsam gepflegt werden müsse. Besonders durch die Herübernahme der Fürsorge für die Kriegsbeschädig- ten, Kriegerhinterbliebenen, Sozialrentner und Wöchnerinnen in das Ministerium des Innern würden die sozialen Arbeiten immer mehr auseinandergerissen und zu einer reinen Verwal- tungsangelegenheit degradiert. Es habe deshalb eine große Er- regung über den Abbau des Sozialministeriums die weitesten Volksschichten erfaßt.

Anders denkt natürlich die Deutsche Bergwerkszeitung. Un- ter der Ueberschrift: „Endlich ein Anfang“, bringt sie in Nr. 179 vom 1. August einen längeren Artikel, in dem sie ihrer Genug- tuung Ausdruck gibt, daß Bayern endlich einmal zur Tat über- gegangen sei. Der bayerische Landtag habe beschlossen, daß die drei sogenannten Revolutionsministerien, nämlich das Ministe- rium für Handel, das Ministerium für Soziales und das Mini- sterium für Landwirtschaft aufgehoben und in ein Wirtschafts- ministerium zusammengeschäft werden sollen. Das Unternehmerr- blatt fährt dann fort:

„Dieses bayerische Beispiel verdient die höchste Anerkennung und eine ebenso hohe Nach- ahmung in Reich und Ländern. Wir haben auch im Reich sowohl wie in Preußen einen Überfluß an Ministerien und Verwaltungsstellen, die uns die Revolution erst beschert hat. Ihre Daseinsberechtigung ist in keiner Weise dargetan. Die zu vielen Stellen machen sich im Gegenteil sehr oft durch unerfreu- liche Kompetenzkonflikte und überflüssige Berordnungsucht in unangenehmer Weise bemerkbar. Das Arbeitsministerium des Reiches kollidiert beispielsweise in vielen Fällen mit dem Wirt- schaftsministerium, mit dem man es ohne Gefahr vereinigen könnte. In Preußen ist, um nur ein Beispiel zu gebrauchen, das Wohlfahrtsministerium eine überflüssige Einrichtung, die, wenn sie überhaupt erforderlich war, heute ihre Daseinsberech- tigung vollständig verloren hat. Dieses Ministerium könnte ohne weiteres sofort von der Bildfläche verschwinden, ohne daß auch nur der geringste Nachteil daraus irgend einem preußischen Untertan erwachsen würde.“

ersehnte Erfrischung bot. Nach kurzem Aufenthalt ging es aufs neue auf unzähligen Stufen aufwärts, bis wir die höchste Stelle des Schrammsteingebietes erreicht hatten. Noch einmal sahen wir in der Ferne den schönen Elbtrom zu uns herüberblicken, hernach ging es durch dichte Wälder talabwärts. Müchtig schritten wir aus, oftmals kamen wir durch hohen Sand; nach etwa zweistündigem Marsche erreichten wir den Richtenhainer Wasserfall. Hier hielten wir unsere letzte Rast. Da hier ein Photograph zur Stelle war, ließen wir uns von ihm zur Erinnerung an unsere schöne Wanderfahrt eine Aufnahme anfertigen.

Nachher ging es raschen Schrittes zur nächsten Bahnstation Ubersdorf, von wo uns der Zug wohlbehalten zurückbrachte. Noch heute denken wir gern an die Stunden gemeinsamen Wan- derns und Schauens zurück. Auch in diesem Jahre werden wir, so oft es uns möglich ist, gemeinsame Wanderfahrten unter- nehmen. Bringt doch das rechte Wandern reichen Gewinn für Leib und Seele. Wie sagt doch der Dichter:

Wer singen und wer wandern kann,
Tu's lieber heut' als morgen;
Es scheucht Gefang und Wandergang
Das eigennütze Sorgen.

Bis zur nächsten Wanderfahrt allen lieben Freunden ein fröhliches „Wander-Heil!“
Leutersdorf O. L. Christliche Gewerkschaftsjugend.

Reisetage

Das sind die Tage, die erfüllen,
Die still durch Sonnengluten schreien,
Um das Geheimnis zu enthüllen
Aus der Befruchtung selgen Zeiten.

Wo vor den vollen, gold'nen Wehren
Der Bauer hemmt die schweren Schritte,
Die Hände faltet und Gewähren
Erleht für seine höchste Bitte:

Der Du den Feldern zum Gedeihen
Gegeben Sonnenchein und Regen,
Du, Gott im Himmel, woll' verleihen
Auch zu der Ernte Deinen Segen!

Johanna Weiskirch.

Zum Schluß glaubt die Deutsche Bergwerkzeitung auch noch erwähnen zu müssen, daß die Gewerkschaften „sich stets dann in der Opposition befinden, wenn es gilt, Sparmaßnahmen logisch und konsequent für alle Schichten der Bevölkerung durchzuführen“.

Die Deutsche Bergwerkzeitung irrt. Denn die Gewerkschaften haben mehr als einmal Vorschläge gemacht, wie man Sparmaßnahmen für alle Schichten der Bevölkerung durchführen kann. Aber hier handelt es sich doch darum, daß die Sparmaßnahmen wieder ausschließlich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gehen.

Jugend und Gewerkschaft

„Ein gesundes Volksleben erstreckt aus einer gesunden Jugend, aus einem gesunden, herzhaften Fröhlichkeit und aus einem Sichstreuen und Sichkennenslernen.“

Dr. W. Förster.

Zu der Zeit, in der die Menschen weniger oder überhaupt keine Ahnung von Maschinen hatten, wurde die Herstellung der Bedarfsgegenstände in der Einzelwirtschaft betrieben. Die heranwachsende Jugend wurde einem Meister in die Lehre gegeben.

Mit der Erfindung der Dampfmaschine änderten sich die gesamten Produktionsverhältnisse, indem unzählige Menschenhände überflüssig wurden. So betätigten sich die bisher selbständigen Meister als Fabrik- und Lohnarbeiter in den dazu errichteten Fabrikgebäuden.

Gott sei Dank haben sich die Verhältnisse gegen damals wesentlich zu Gunsten der Arbeiterschaft gebessert. Diese Verbesserung wurde herbeigeführt durch Zusammenschluß und Zielbewußte Arbeit in den Gewerkschaften.

„Ist neuerdings haben unsere christlichen Gewerkschaften sich mit einer Eingabe an die Reichsregierung gemeldet, um für die Jugendlichen bis zu 18 Jahren durch gesetzliche Regelung jährlich mindestens einen dreiwöchentlichen Urlaub festgelegt zu bekommen.“

Es soll nicht verkannt werden, daß besonders unsere Jugend in den letzten Jahren unter der starken Arbeitslosigkeit sehr zu leiden gehabt hat. Sie hatte infolge der Tatsache, daß es sehr schwer möglich war, eine geeignete Beschäftigung zu finden, keine Gelegenheit, ihre Kräfte in den Dienst der menschlichen Gesellschaft zu stellen.

Wieviele Menschen geben es heute, die sich tagtäglich über das Gebahren und Benehmen unserer Jugend entzünden? Diese Menschen fragen aber nicht, wie dieser Zustand gekommen ist, und wir sprechen ihnen deshalb das Recht ab, über etwas zu urteilen, was sie nicht verstehen.

Die sich verantwortlich fühlenden Menschen sehen die Not der Jugend und auch die Gefahren, in der sie schwebt. Sie wollen und werden auch helfen. Zu den Vorgenannten dürfen wir mit Stolz auch die Leitung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes zählen.

Allgemeine Rundschau

Raum und Volk.

Zahlen sagen sicherer und zuverlässiger als Worte, was ist und war. Wer in Zahlen zu denken sich angewöhnt, wird in seinen Vorstellungen klarer, in seinem Urteil bestimmter und in seinem Auftreten unbedrörter.

lichen Meinung in ruhigere und sachdienlichere Bahnen zu lenken. Wir entnehmen dem Buche aus dem Abschnitt „Raum und Volk“ nachstehende Probe:

„Vor ungefähr 600 Jahren, also um 1350 herum, lebten in Europa, von dem uns allein wenigstens in etwa zuverlässige Zahlen vorliegen, rund 100 Millionen Menschen.“

In der folgenden Tabelle beruhen die Zahlen für das Jahr 1810 für Europa schon auf genauere Zählungen, in den anderen Weltteilen auf mehr oder weniger zuverlässigen Schätzungen, kommen aber überall der Wirklichkeit zum mindesten nahe.

Bevölkerungszunahme in den einzelnen Weltteilen 1810 bis 1924/25.

Table with 3 columns: Weltteil, Zahl der Bevölkerung 1810, 1924/25. Rows include Europa, Asien, Amerika, Afrika, Australien, and Zusammen.

Auf der ganzen Welt lebten also im Jahre 1924/25 1,8 Milliarden Menschen.

Welch eine ungeheure Vermehrung in dem knappen Zeitraum eines Jahrhunderts! Von 682 Millionen auf 1,844 Millionen!

Bildungsarbeit im Gutenberg-Bund.

Einen überzeugenden Beweis von der Art und den Erfolgen beruflicher Bildungsbestrebungen liefert die christlich-nationale

Vier Selbstverständlichkeiten für den christlichen Gewerkschaftler

- 1. Dem Christlichen Gewerkschaftsverlag werden alle Buchbestellungen ausgerichtet für den persönlichen Bedarf, für Gewerkschafts-, Betriebsrat- u. Volksbibliotheken.
2. Der Deutsche Versicherungskonzern allein ist zuständig für den Abschluß für Feuerversicherungen für Mobiliar und Haus, für Einbruchdiebstahl, Haftpflicht- und Unfallversicherungen.
3. Der Deutschen Volksbank A.-G. werden alle Geber, die nicht sofort wieder ausgegeben werden müssen, übermiesen.
4. „Der Deutsche“, die einzige von Gewerkschaften herausgegebene Tageszeitung auf der Welt, wird in jeder christlichen und nationalen Arbeiterfamilie neben dem Ortsblatt gelesen.

Buchdruckergewerkschaft, der Gutenberg-Bund (Hauptplatz Berlin S 42, Luisenufer 1). Auf der Kölner Internationalen Presse-Ausstellung ist der Gutenberg-Bund in der Abteilung „Buchgewerbe und Graphik“ mit einer eindrucksvollen Schau seiner Bildungsarbeit vertreten.

Aus Anlaß der Kölner Pressa ließ der Gutenberg-Bund seine eigene Fachzeitschrift „Graphische Nachrichten“ als Pressheft erscheinen. Dieses Heft, mit 48 Seiten Text, 70 Bildern und einer Anzahl hochkünstlerischer Farbentwürfe, hat überall, besonders auch im Auslande, Anerkennung und Beifall gefunden.

Berichte aus den Ortsgruppen

Aus dem Sekretariatsbezirk Ettlingen.

Ausdehnung der Krisenfürsorge auf die Textilindustrie. Von der Ettlinger Sekretariatsleitung unseres Verbandes wurde an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Süddeutschlands eine Eingabe auf Ausdehnung der Krisenunterstützung auf die

Textilarbeiter gestellt. In der Eingabe wird u. a. auf die ganz wesentliche Herabsetzung der Arbeitszeit und auf die Tatsache hingewiesen, daß infolge des ungünstigen Geschäftsganges schon viele hunderte Textilarbeiter und -arbeiterinnen entlassen worden sind.

Besondere Bekanntmachungen

Verbandsjugendtag

am 8. und 9. September 1928 zu Düsseldorf. Der Gottesdienst für die evangelischen Teilnehmer am Verbandsjugendtag findet statt am Sonntag, den 9. September, vormittags 8 Uhr in der Johannis-Kirche, Königsplatz (direkt dem Hauptbahnhof gegenüber und von diesem nur knapp 10 Minuten entfernt).

Verbandsbezirk Schlesien.

Die Bezirksgeschäftsstelle in

Hlegnity

befindet sich jetzt Marktstraße 22 I, Fernruf 2193. Wir bitten von diesem Tage ab alle Zuschriften nur noch an die neue Adresse zu richten.

Mit freundlichem Gruß

G. Jungnickel, Bezirksleiter.

Verbandsbezirk Rheinland.

Die ordentliche Bezirkskonferenz für den Verbandsbezirk Rheinland (Innsrheinisch) findet am Samstag, den 15. und Sonntag, den 16. Sept. in M.-Glabbach im „Hotel Oberstadt“, Markt 24, statt. Beginn Samstag, den 15. September, nachmittags 4.30 Uhr.

Mit kollegialem Gruß

Ewald Weber, Bezirksleiter, M.-Glabbach, Lessingstraße 11a.

Bücher und Schriften

„Frauen im Arbeiterstand und in der Standesarbeit.“ So betitelt sich eine Schrift, die der Gesamtverband evangelischer Arbeiterinnenvereine (oben) herausgab. Sie ist auch für unsere Mitglieder von Interesse.

Im ersten Teil nehmen die Führerinnen des Verbandes Stellung zur Frauenarbeit in der Industrie. Im zweiten Teil schreiben Arbeiterinnen über ihre Berufswahl, ihr Verhalten zu den Kollegen und über den Sonntag. Der dritte Teil berichtet anschaulich von der Bereinsarbeit, die Erziehungsarbeit ist. Evangelische Persönlichkeiten wollen die Arbeiterinnenvereine heranzubilden. So sind sie Vorbereiter und Ergänzter der christlichen Gewerkschaftsarbeit, auch wenn das nicht ausdrücklich erwähnt ist.

Die Kolleginnen, die sich ein Bild vom Wirken der evangelischen Arbeiterinnenvereine beschaffen wollen, sollen die Schrift kaufen oder der Ortsgruppenbibliothek die Anschaffung empfehlen. Preis 70 Pfg.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft. — Durchsichtigmachung der Betriebe und der Wirtschaft. — Lohn- und Arbeitsfreitragigkeiten in der Textilindustrie. — Die Maßnahmen zur Sanierung der Lancashire-Baumwollindustrie. — Weg mit den Revolutionsministerien! — Jugend und Gewerkschaft. — Feuilleton: Sonnenfahl, Sonnenstrahl! — Eine Wanderfahrt in die Sächsisch-Schweiz. — Festtage. — Allgemeine Rundschau: Raum und Volk. — Bildungsarbeit im Gutenberg-Bund. — Berichte aus den Ortsgruppen: Ahenbach i. W. (Waden). — Aus dem Sekretariatsbezirk Ettlingen. — Besondere Bekanntmachungen. — Bücher und Schriften. — Inserate.

Für die Redaktion verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Fiorastraße 7.



Sommersprossen

braune und gelbe Flecke, sowie sonstige Fehler i. d. Haut, besetzt rasch u. sicher b. Erwachsenen u. Kindern nur: Apotheker Haber's RADA-CREM Garantie: Vollkommen un-schädlich! Betrag zurück, wenn erfolglos!

Vorher-Nachher

Vereinsfahrten, Fahnen-schleifen, Tischbanner, Diplome, Abzeichen. Fahnenfabrik Schaefer, Esson-R., Hobelstraße 49

Reizende Locken!

natürl. gewelltes u. gekräuseltes Haar, dauerhaft auch bei feuchter Wetter und Schweiß, erhält. Erwachsenen u. Kinder auch ohne Brennen auf einfachste und schnellste Weise nur durch das wirksamste, garant. unschäd. Apothek. Haber's Dauer-Lockenwasser Preis: M. 2.- (u. Porto), 5. 2 Flaschen portofrei: Versand nur echt p. Nachn. durch die Firma Fr. Friedrich, Nürnberg-TZ, Obere Pirkheimer Str. 59

